

— Finanzmarktrationalität und Finanzmarktkrise Wenn man die Welt vor Kennziffern nicht mehr sieht

von Jürgen Kädtler

Vorbemerkung: Beiträge zu Finanzmärkten bildeten einen Schwerpunkt der Veranstaltung „Unsicherheit auf Märkten“ der Sektion Wirtschaftssoziologie. In diesem Rahmen sprach Jürgen Kädtler über „Finanzmarktrationalität und die Orientierung realwirtschaftlichen Handelns“. Der dort gehaltene Vortrag konzentrierte sich auf die eine Seite dieses Zusammenhangs: die Begründung von Unternehmensstrategien unter Bezugnahme auf Finanzmarktrationalität. Der im Folgenden abgedruckte Text präsentiert aus gegebenem Anlass die andere Seite: den Zusammenhang von Finanzmarktrationalität und Finanzmarktkrise. Der ursprüngliche Vortragstext kann auf der Homepage des SOFI (www.sofi.uni-göttingen) abgerufen werden.

Sich im Zeichen der schwersten Finanzkrise seit Ende der 1920er Jahre ausgerechnet mit Finanzmarktrationalität zu beschäftigen, mag auf den ersten Blick nicht gerade nahe liegen. Die öffentliche Debatte wie das zugrunde liegende Geschehen scheinen eher eine gegenteilige Perspektive nahe zu legen. Demgegenüber wird hier folgendes Argument entwickelt: Die seit den 1980er Jahren erfolgte

Schwerpunktheft:
34. Soziologiekongress
6.-10. Okt. 2008 in Jena
Beiträge des SOFI

Etablierung von Finanzmarktrationalität als wirtschaftliche Rationalität schlechthin und das gegenwärtige Finanzmarktdebakel sind aufs Engste miteinander verknüpft. Etwas zugespitzt formuliert: Ohne Finanzmarktrationalität hätten wir diese Krise nicht.

Finanzmarktrationalität und praktische Alltagsvernunft

Die Faktoren, die zum Ausbruch der jüngsten Finanzkrise geführt haben, sind nicht neu und nicht wirklich überraschend. Die US-Immobilienkrise darf mit Fug und Recht zu den bestprognostizierten Krisen der jüngeren Vergangenheit gerechnet werden. Dass Unternehmenskennzahlen zu Makulatur wer-

Inhalt:

Titelthema:	Wenn man die Welt vor lauter Kennziffern nicht mehr sieht	1
Bildungssysteme:	Soziale Herkunft und Bildungsentscheidungen – eine empirische Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess	5
Arbeitsgesellschaft:	Der Fordismus lebt. Aber es kommen nicht mehr alle mit.	8
Postsozialismus:	Transformation der ostdeutschen Industrie: Radikaler Pfadwechsel durch Kontinuität	10
Multilokalität:	Multilokalität zwischen transnationaler Konzernstruktur und ortsgebundener Arbeitskraft-Reproduktion	12
Zusammenfassungen:	Flexibilität, Unsicherheit, Autonomie	15
	Energiewende in der Stromversorgung	15
Veröffentlichungen:	Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen	16
SOFI-Kolloquium:	Programm Wintersemester 2008/2009	16
	Impressum	11
	Personalia	16

Fortsetzung von S. 1

den, wenn riskante Geschäfte ganz legal in außerbilanzielle Gesellschaften ausgelagert werden können, konnte man auch schon vor Enron wissen. Seither ist es selbst normalen Zeitungslesern bekannt. Und für die Erkenntnis, dass der Aufbau von Verschuldungs- und Umschuldungskaskaden auf von Anfang an zweifelhafte Hypotheken ein extrem krisenträchtiges Geschäft ist, brauchte man kein Finanzexperte zu sein.

Im Gegenteil: Es scheint eher so, als musste man Finanzexperte sein, um diese Gefahrenstellen im globalen Finanzsystem ignorieren bzw. sie mit dem geballten Arsenal der herrschenden Finanzwissenschaft hinweginterpretieren zu können. Wo der ökonomisch unverbildete Alltagsverstand instinktiv heftiges Bauchgrimmen provoziert hätte, nahm die professionelle Risikoanalyse kein Problem wahr. Oder sie verfügte über mathematische Modelle, mit denen die betreffenden Probleme als Scheinprobleme oder als zuverlässig beherrschbare Risiken dargestellt werden konnten. Nicht von ungefähr galt die Expansion des Fi-

nanzlagensektors als prominenter Ausdruck der Entwicklung zu Wissensgesellschaft und Wissensökonomie.

Vor dem Hintergrund dieser wissensintensiven Begründung von Finanzmarktentwicklung und Finanzmarktstrategien erscheinen die Begründungen, die von Seiten der Ökonomie heute für den Eintritt des Desasters gegeben werden, eigentümlich banal. Das galt schon für den Beinahezusammenbruch des Hedgefonds LTCM, der im Jahr 1999 nur durch massive Staatsintervention in den USA abgewendet werden konnte. Der Fall war auch deshalb bemerkenswert, weil mit den Ökonomenobelpreisträgern Robert C. Merton und Myron Scholes zwei der wichtigsten Begründer der modernen, mathematisch fundierten Finanzökonomie in der Unternehmensleitung saßen. Der Fonds scheiterte daran, dass es die Wirklichkeit verändert, wenn man statistische Regelmäßigkeiten der Vergangenheit zur Grundlage einer bewussten Strategie macht, die – gerade wenn sie erfolgreich ist – massenhaft nachgeahmt wird. Die Regeln büßen in der Folge ihre Wirksamkeit

**Sektionsveranstaltung
Wirtschaftssoziologie 1:
„Unsicherheit auf Märkten“**

Leitung: Rainer Diaz-Bone (Trier).
Mit Beiträgen von Jürgen Kädtler (Göttingen), Andreas Langenohl/Kerstin Schmidt-Beck (Gießen), Irene Troy/Raimund Werle (Köln), Kai-Uwe Hellmann (Berlin) und Sophie Mützel (Berlin).

ein – ebenso wie ein Geheimtipp keiner mehr ist, wenn er in gängigen Reiseführern steht. Individuelle Anleger mussten diesen Zusammenhang nicht erkennen. Dass er aber von den Koryphäen der modernen Finanzwissenschaften nicht einmal in Erwägung gezogen wurde, ist dann doch verblüffend.

Fast noch schlichter ist die verbreitet angebotene Erklärung für Aufschwung und Kollaps der verbrieften Subprimekredite: Banker wissen zwar, wie Kreditgeschäfte im wirklichen Leben funktionieren, verstehen aber die Risikomodelle der Finanzmathematiker nicht. Finanzmathematiker können souverän komplexeste Risikomodelle entwickeln und berechnen, verstehen aber vom alltäglichen Kreditgeschäft nichts. Und Banker wiederum verlassen sich auf die Expertise jener Risikoanalysten, deren Modelle sie zwar nicht verstehen, deren Urteil sie aber als valides Expertenurteil hinnehmen – zumal es eine Begründungsgrundlage für höchst rentierliche Geschäftsmodelle bietet.

Alle professionell Beteiligten konzentrierten sich auf ihr kognitives Kerngeschäft in der jeweils geltenden Fassung und sahen wenig Anlass, nach Widersprüchen oder Gefährdungen aus dem näheren oder weiteren Umfeld Ausschau zu halten. Offenkundig stimmt etwas nicht mit der Arbeitsteilung innerhalb des hochkomplexen Gefüges, das Finanzmärkte und Finanzwirtschaft heute bilden. Vor diesem Hintergrund lohnt ein Blick auf Funktionieren und Funktionsbedingungen einer Institution, die als Inbegriff organisierter, funktioneller Arbeitsteilung gelten kann: die fordistische Automobilfabrik mit ihrer tayloristischen Arbeitsorganisation.



UNSICHERE ZEITEN **34. KONGRESS**
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA
6 – 10 OKTOBER 2008



Wenn der Zusammenhang der Welt in Kennziffern zerfällt

Was die Automobilarbeiter der tayloristischen Un- und Angelerntenökonomie und den Risikoanalysten der finanzwirtschaftlichen Wissensökonomie verbindet, ist die eng spezialisierte und genau definierte Position im Rahmen einer vielgliedrigen Arbeitsteilung. Im einen Fall ist die Aufgabe durch eine bestimmte Anzahl genau vorgeschriebener und vermessener Handgriffe abschließend beschrieben, im anderen durch ein extrem spezialisiertes, wissenschaftliches Know-how und dessen Anwendung auf ein genau abgestecktes Anlagegebiet. In beiden Fällen haben Systeme individueller Leistungssteuerung große Bedeutung; im ersten Fall per Akkord, im zweiten Fall durch erfolgsbezogene Gratifikations- und Anreizsysteme.

Nun ist hinlänglich bekannt, dass die fordistische Automobilfabrik gerade deshalb funktionierte, so gut sie eben funktionierte, weil die ArbeiterInnen sich nicht darauf beschränkten, genau den vorgeschriebenen Satz Hand- und Körperbewegungen abzuliefern. „Dienst nach Vorschrift“ bringt die fordistische Fabrik mindestens ebenso sicher zum Stehen wie der im proletarischen Liedgut beschworene „starke Arm“. Die Arbeitsteilung funktionierte in dem Maße, in dem die einzelnen Beschäftigten den weiteren Zusammenhang mit im Blick hatten, in den sich

die Tätigkeit einfügen sollte. Irgendwie sorgten sie dafür, dass die Arbeitsabläufe nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Arbeitswirklichkeit zusammenpassten und ein leidlich zuverlässiges Automobil dabei heraus kam. Die Analyse dieses „Irgendwie“ bildet einen zentralen Gegenstand der Arbeits- und Industriesoziologie. Und die Nutzung der dabei in den Blick gerückten überschüssigen Kompetenzen und informellen Praktiken stehen im Mittelpunkt aller arbeitspolitischen Konzepte, die über den Taylorismus hinausweisen.

In der finanzwirtschaftlichen Wissensökonomie klappt es mit diesem „Irgendwie“ an entscheidender Stelle offenkundig nicht. Das liegt nicht etwa daran, dass Finanzprofis „nach Vorschrift“ arbeiten würden oder auch nur könnten. Es gibt keine Regelanwendung ohne Interpretation, und aus den einschlägigen Forschungen wissen wir, dass bei den meisten dieser Akteure finanzmathematische Modelle lediglich eine Art Hintergrundwissen bilden, und beim Treffen konkreter Anlageentscheidungen alle möglichen Emotionen, Leidenschaften und „Bauchgefühle“ zum Tragen kommen, ebenso erfahrungsbasierte Faustregeln, allein über Bildschirminteraktion vermittelte Vertrauensbeziehungen usw. Der entscheidende Unterschied zum Automobilfall besteht in der Virtualität der Welten, in denen sich diese Akteure auf diese Weise orientieren.

Je komplexer und vermittelter Finanzmarktprodukte und Anlagestrategien werden, desto eher verkehrt sich das Verhältnis zwischen ökonomischer Welt und ihrer finanzmathematischen Repräsentanz, zumindest für die Mehrzahl der Finanzmarktspezialisten. Für sie fungiert die Welt der Kennziffern, Formeln, Indizes und Computerbildschirme als die eigentliche Wirklichkeit, während das realwirtschaftliche Pendant außerhalb deren mehr oder weniger getrübbten Widerschein bildet, an dessen Deutlichkeit es noch zu arbeiten gilt. Dabei handelt es sich nicht um ein schlichtes Wahrnehmungsproblem, denn komplexe Finanzmarktprodukte wie Derivate, Aktienindizes, x-mal „umgepackte“ Anleihepakete usw. existieren ja tatsächlich nur in der Welt elektronischer Datennetze. Daher ist die Interaktion im Rahmen dieser Netze tatsächlich der Finanzmarkt. Mit dem Glauben an die Zuverlässigkeit finanzmathematischer Modelle werden jene Aspekte der wirtschaftlichen Realität bedeutungslos, die nicht in diese Kalküle eingehen (können).

Sicherlich gibt es in diesem Punkt Unterschiede zwischen unterschiedlichen Kategorien von Finanzmarktprofis wie Aktienanalysten, Risikoanalysten, Devisenbrokern, Derivatehändlern usw. Die Mathematisierung und Schematisierung der Deutung ökonomischer Abläufe auf der Grundlage von Finanzkennziffern ist gleichwohl eine allgemeine Tendenz – und damit auch die Ausblendung anderer Dimensionen der Wirklichkeit, die in die betreffenden Modelle nicht eingehen, und von denen Akteure, für die diese Modellwelt die eigentliche ist, nichts wissen und nichts wissen können.

Kein Geringerer als der AXA-Gründer Claude Bébéar, der mit guten Gründen verbreitet als der „Pate“ des französischen Finanzmarktkapitalismus angesehen wird, macht in einer bereits im Jahr 2003 erschienen Streitschrift mit dem Titel „Ils vont tuer le capitalisme“ [Sie werden den Kapitalismus umbringen] mathematik- und kennziffernorientierte Finanzmarktprofis als die zentrale Bedrohung für den Kapitalismus aus. Er verdeutlicht das u. a. an eigenen Erfahrungen mit den Risikoanalysten großer Ratingagenturen –

Fortsetzung von S. 3

Akteuren also, deren Kerngeschäft in der detaillierten Bewertung von Einzelunternehmen und ihrer Entwicklungsaussichten besteht. Bébéar konstatiert bei ihnen „das Problem, auf das wir bereits bei den Finanzanalysten gestoßen sind. Diese sind nicht per se schädlich, sondern wegen ihrer Arbeitsweise. Genauer gesagt, wegen ihrer Praxis, die daran krankt, dass sie viel zu sehr auf der mathematischen Wahrnehmung des Unternehmens beruht und nicht auf intimer Kenntnis. Wie bei den Analysten, so hat man es übrigens auch bei den Experten der Ratingagenturen mit vielen jungen und unerfahrenen Leuten zu tun (in jedem Fall unerfahren, was das Leben eines Unternehmens angeht), auch wenn sie innerhalb klar definierter Prozesse arbeiten und von Älteren eingerahmt sind. Von daher nehmen sie das Unternehmen nur über Bilanzen und Finanzkennziffern wahr. Bei Treffen mit ihnen, wenn sie ein Rating vorbereiteten, war ich immer entwandert von der Naivität ihrer Fragen. So gab es selten Fragen nach den Menschen, obwohl es doch gerade die Menschen sind, die in einem Unternehmen zählen! Sozialpolitik, Rekrutierungspolitik, Vergütungspolitik scheinen sie überhaupt nicht zu interessieren. Man sieht sich die Bilanzen und die Konten an, stellt manchmal, eher der Form halber, Fragen nach der Strategie ... und das war's dann“ (66, deutsch von JK).

Die kennzahlen- und modellgerechte Stilisierung der Ökonomie blendet demnach zentrale Aspekte praktischer ökonomischer Vernunft aus – und damit wesentliche Dimensionen, die für die Entwicklung der wirtschaftlichen Realität ausschlaggebend sind oder werden können und damit letztlich wiederum auch für die Entwicklung der Kennziffern selbst. Finanzmarkt-rationalität zerfällt damit in der Praxis in weitgehend unvermittelt nebeneinander existierende Domänen von Spezialisten, denen ein Verständnis für den Gesamtzusammenhang weitgehend fehlt. Um nochmals auf den Vergleich mit der fordistischen Automobilfabrik zurückzukommen: Der Blick für den Gesamttablauf, der es den ArbeiterInnen ermöglichte, mit einer tayloristischen Arbeitsorganisation so umzugehen, dass funktionierende

Endprodukte herauskamen, fehlt im Verhältnis zwischen Finanzmarkt und dem unterstellten Produkt „funktionierende Finanzmärkte“. In der Finanzkrise melden sich die ausgeblendeten Bedingungen praktischen Wirtschaftens und die nicht wahrgenommenen Zusammenhänge zwischen den separierten Handlungsfeldern nachdrücklich zurück.

bzw. immer wieder herzustellen, dann ist der Marktmechanismus in der Praxis am Ende.

Legitimität und Ansehen, die der marktwirtschaftliche Kapitalismus und das mit ihm verknüpfte Modell westlicher Demokratien nach dem zweiten Weltkrieg erlangt haben, gehen auf ein jahrzehntelang eingelös-



Keine funktionierenden Märkte ohne gegenseitliche Verständlichkeit

Man könnte hier – etwa unter Bezugnahme auf Williamsons Transaktionskostentheorie – einwenden, dass es sich im einen Fall eben um Koordination durch Organisation, im anderen dagegen um Koordination über Märkte handelt, also um alternative Formen, mit Arbeitsteilung umzugehen. Der Einwand verfängt aber aus (zumindest) zwei Gründen nicht. Zum einen agieren die meisten Finanzmarktprofis nicht als freerider, sondern als Mitglieder von Organisationen, die in mehr als einem Finanzmarktsegment operieren. Das unvermittelte Agieren der jeweiligen Spezialisten betrifft damit die Handlungs- und Strategiefähigkeit von Organisationen, wo diese vorausgesetzt werden muss. Zum anderen – und grundsätzlicher: Es gibt keine funktionierenden Märkte ohne geteilte Orientierungen, auf die sich die Akteure im Umgang miteinander beziehen können. Märkte kommen mit der Gegensätzlichkeit von Interessen zurecht, solange die Marktteilnehmer in ihrem Verhalten füreinander verständlich und irgendwie einschätzbar sind. Gelingt es ihnen nicht, diese Voraussetzungen aufrechtzuerhalten

tes Erfolgsversprechen zurück. Märkte sollten wirtschaftlichen Fortschritt und allgemeine Wohlfahrt besser befördern als andere Systeme. Das schloss, wenn schon nicht die Abschaffung, so doch die Beherrschbarkeit von Wirtschaftskrisen ein. Dafür standen nicht zuletzt jene staatlichen Regulierungen und Beschränkungen, die gerade den Finanzmärkten als Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise seit 1929 auferlegt worden waren. Die Entwicklung globaler Finanzmärkte zur Leitinstitution der kapitalistischen Weltwirtschaft geht maßgeblich auf den Abbau dieser Regulierungen zurück, der untrennbar verbunden ist mit dem Aufschwung der modernen Finanzwissenschaft. Diese bot eine wissenschaftlich begründete Finanzmarkt-rationalität an, die jene Einschränkungen überflüssig machen sollte. Die gegenwärtige Krise markiert das definitive Scheitern jenes Anspruchs. Damit ist die Frage nach den Möglichkeiten und dem politischen Willen zur ordnungspolitischen Einhegung der globalen Finanzmärkte auf die Tagesordnung gesetzt. Daran, ob und wie sie gelingen kann, hängt viel für die zukünftige Stabilität und Integrationsfähigkeit westlicher Demokratien.

Studienstrukturreform an deutschen Hochschulen – Soziale Herkunft und Bildungsentscheidungen eine empirische Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess

von **Claudia Kretschmann**

Vortrag am 7.10.08 in der Ad-hoc-Gruppe 38: „Ausbildungssysteme im Wandel: Globale Herausforderungen, nationale Reaktionen und deren Konsequenzen für die soziale Ungleichheit in Europa“

Im vergangenen Jahr habe ich mich in meiner Examensarbeit mit den Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf den Abbau sozialer Bildungsdisparitäten beim Hochschulübergang beschäftigt. Mit der 1999 begonnenen Umstellung auf die neuen gestuften Studiengänge ist von politischer Seite in Deutschland die Erwartung verbunden, einerseits die im OECD-Vergleich geringe Studierbereitschaft insgesamt zu erhöhen und andererseits insbesondere Studienberechtigte aus niedrigen Sozialschichten zur Studienaufnahme zu motivieren.

Den verschiedenen Veröffentlichungen des HIS ist zu entnehmen, dass die Studierquote in Deutschland – den Zielen des Bologna-Prozesses zum Trotz – weiterhin rückläufig ist. Auch wenn sich in der Tendenz ein Anstieg der allgemeinen Studierbereitschaft als Folge der BA-Einführung nicht abzeichnet, ist damit noch nicht automatisch die Frage mit beantwortet, ob mit der Umstellung auf die gestuften Studiengänge eine tendenzielle „soziale Öffnung“ der Hochschulen erreicht wird.

Ad-hoc-Gruppe 38

Ausbildungssysteme im Wandel: Globale Herausforderungen, nationale Reaktionen und deren Konsequenzen für die soziale Ungleichheit in Europa

Organisation: Justin J.W. Powell (Berlin)/Martina Dieckhoff (Berlin)

Beiträge von Anja Jakobi (Bremen), Katrin Kraus (Zürich), Marius R. Busemeyer (Köln), Claudia Kretschmann (Göttingen), Klaus Schömann (Bremen)

Für die Beantwortung dieser gesellschaftspolitisch brisanten Frage musste ich in meiner Arbeit empirisches Neuland betreten, denn im vergangenen Jahr lagen keine detaillierten Studien zu den Auswirkungen der gestuften Studiengänge auf soziale Bildungsdisparitäten vor. Für meine Arbeit konnte ich auf Daten der HIS-Studienberechtigtenpanel der Jahre 2002 bis 2005 zurückgreifen.



Meine Erwartungen, durch welche sozialen Mechanismen die politisch intendierte Veränderung oder ggf. doch beobachtbare Stabilität in den Bildungsentscheidungen der Studienberechtigten verursacht sein könnten, habe ich einerseits im Hinblick auf individuelle Einflussfaktoren aus der Perspektive der Theorie rationaler Bildungswahl (basierend auf Raymond Boudon und in Weiterentwicklung durch Hartmut Esser) und dazu konkurrierend im Hinblick auf institutionelle Einflussfaktoren aus der konflikttheoretischen Perspektive des Kredentialismus (Randall Collins in Erweiterung der Theorie sozialer Schließung von Max Weber) abgeleitet.

Individuelle Einflussfaktoren:

Die Theorie zur rationalen Wahlentscheidung (Boudon 1974) wird in der empirischen Bildungsforschung sehr prominent vertreten. Hierbei wird re-

flektiert, dass soziale Disparitäten der Bildungsbeteiligung das Ergebnis des Zusammenwirkens von primären und sekundären Herkunftseffekten sind. Die Aufnahme eines Studiums stellt demnach eine individuelle Entscheidung dar, und die subjektive Kosten-Nutzen-Abwägung der Studienaufnahme – ausgerichtet am Motiv des Stuserhalts – unterliegt einer sozialschichttypischen Bewertung. Esser

(1999) hat die Annahmen Boudons aufgegriffen und in folgende Ungleichung transformiert:

Die Studienaufnahme erfolgt, wenn die Bildungsmotivation (Nutzenbewertung eines Studiums, Motiv des Stuserhalts) größer ist als das Investitionsrisiko (direkte und indirekte Kosten eines Studiums, subjektive Einschätzung der Erfolgswahrscheinlichkeit).

Im Hinblick auf die Fragestellung meiner Arbeit habe ich auf der Grundlage der Esser'schen Werterwartungstheorie die folgende Hypothese abgeleitet: Mit der Einführung der Bachelor-Studiengänge sollte sich die Studierneigung von Studienberechtigten aus niedrigen Sozialschichten erhöhen – trotz geringerer Bewertung des Bildungsnutzens eines BA-Studiums gegenüber dem bisherigen Diplom/Ma-

Fortsetzung von S. 5

gister-Studium –, da zum einen die Kosten durch das verkürzte – nunmehr 3jährige – Studium sinken und zum anderen mit der Verkürzung und der starken Berufsorientierung und Strukturierung das Anspruchsniveau im Vergleich zum herkömmlichen Diplom/Magister sinkt, so dass die subjektive Erfolgswahrscheinlichkeit steigen könnte.

Bevor ich auf meine Ergebnisse eingehe, möchte ich einschränkend darauf hinweisen, dass angesichts des kurzen Zeitraums seit Einführung der neuen Studienstrukturen meine Analysen lediglich eine Art „Zwischenbilanz“ des Bologna-Prozesses abbilden können. Das Jahr 2002 betrachte ich als das Jahr vor BA-Einführung und das Jahr 2005, in dem erstmals von einer realen Entscheidungssituation der Studienberechtigten ausgegangen werden kann, als das Jahr nach BA-Einführung.

Eine detaillierte Darstellung meiner methodischen Vorgehensweise sowie eine Darstellung der einzelnen Regres-

zeitraum eher größer geworden und nicht geringer! Im Gegenzug hat sich die Berufsausbildungsquote der drei Herkunftsgruppen entwickelt. Dies sind im Vergleich zu den politischen Erwartungen und den Annahmen der Theorie rationaler Bildungswahl unerwartete Entwicklungen: Es wurde ja ein Anstieg der Studierbereitschaft der niedrigen Sozialschichtangehörigen erwartet.

In einem weiteren Schritt habe ich untersucht, ob sich in der Tendenz zeigt, dass die Einführung der neuen gestuften Studiengänge die in Anlehnung an das Rational-Choice-Modell vermuteten – reduzierenden – Effekte auf die Wirksamkeit der primären und sekundären Herkunftseffekte beim Hochschulübergang hat. Im Zeitverlauf zwischen 2002 und 2005 kommt es bei den mittleren und niedrigen Herkunftsgruppen zu einer größeren Unsicherheit in der Beurteilung der Arbeitsmarktchancen der BA-Abschlüsse (Bildungsnutzen). Demgegenüber erhöht sich die Nutzenbewertung dieses

Abschlusses bei den Studienberechtigten der hohen Herkunftsgruppe. Dies ist m. E. nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie in den Medien der Bachelor-Abschluss bewertet wird (vgl. z. B. Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4.10.08 mit der Überschrift „Berufstart mit BA kann Karriere verbauen“). Des

Weiteren verstummt die Kritik auf Seiten der Hochschullehrenden gegenüber dem „Schmalspurstudium“ nicht.

Zwar zeigt sich bei der Kosteneinschätzung der erwartete Befund, d. h. insbesondere Studienberechtigte der niedrigen Herkunftsgruppe sehen in der kürzeren Studiendauer des BA eine „Kostenreduzierung“. Ebenso offenbart sich ein positiver Effekt bei der Einschätzung der subjektiven Erfolgswahrscheinlichkeit: Die stärkere Berufsorientierung und Strukturierung des BA stimmt die Studienberechtigten der niedrigen Herkunftsgruppe „optimis-

tischer“. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Überprüfung des Handlungsmodells ergibt, dass die Einführung der neuen Studiengänge im Untersuchungszeitraum nicht zu einer (politisch intendierten) Reduzierung der Wirksamkeit primärer und sekundärer Herkunftseffekte für die Ungleichheit beim Hochschulzugang geführt hat.

Institutionelle Einflussfaktoren:

Das Ergebnis einer sich öffnenden Schere beim Hochschulzugang lenkt den Fokus auf die Frage, inwieweit diese Ungleichheitszunahme durch die institutionelle Ausgestaltung der Studienreform, genauer gesagt über neuartige oder verstärkte institutionalisierte Schließungsprozesse, erklärt werden kann. Der im Zeitverlauf äußerst stabile Einfluss der Sozialschicht beim Hochschulübergang kann offenbar, so meine Annahme, nicht vollständig über die individuellen rationalen Kosten-Nutzen-Abwägungen der Studienberechtigten erklärt werden. Er muss vielmehr in seiner komplexen Wechselwirkung mit anderen Einflussfaktoren betrachtet werden. Kritisiert wird an der Theorie rationaler Wahlentscheidung ja bekanntlich, dass die ausschließliche Fokussierung auf individuelle Bildungsentscheidungen unberücksichtigt lässt, dass das Bildungssystem über verschiedene institutionalisierte Selektionskriterien zur herkunftsabhängigen Kanalisierung der SchülerInnen bzw. im weiteren der Studienberechtigten beiträgt.

Im Hinblick auf meine Fragestellung habe ich einen quasi konkurrierenden Erklärungsansatz zum Rational-Choice-Modell gewählt und den Blick auf die institutionellen Regelungen und deren Potenziale für soziale Schließungs- und Monopolisierungsprozesse beim Hochschulzugang gerichtet. Meine Erwartungen knüpfen dabei an die theoretischen Überlegungen des Kredentialismus von Collins (1979) sowie an Windolfs (1990) Untersuchung zur Bildungsexpansion der 1970/1980er Jahre, wonach es in Folge einer Bildungsexpansion zu neuartigen Schließungsprozessen durch die Einführung neuer systeminterner Regelungen kommt. Dies ist notwendig, da nur so das Bildungssystem –



sionsmodelle kann hier nicht erfolgen (vgl. hierzu das SOFI Working Paper Nr. 3 der Autorin, im Internet abrufbar unter „www.sofi.uni-goettingen“ in der Rubrik Publikationen).

Ergebnisse I:

Der allgemeinen Tendenz der rückläufigen Studierbereitschaft folgt auch die Studierneigung der mittleren und niedrigen Herkunftsgruppen. Lediglich bei den Studienberechtigten der hohen Sozialschicht zeigt sich ein leichter Anstieg um 2 %. Der Abstand in der Studierneigung zwischen den Herkunftsgruppen ist im Untersuchungs-

und dessen meritokratisch legitimierte Leistungsauswahl auch weiterhin seine reproduktive Rolle in Statusverteilungskämpfen aufrecht erhalten kann.

Bezogen auf die Auswirkungen des Bologna-Prozesses habe ich die folgende Hypothese abgeleitet: Der von politischer Seite formulierten Erwartung einer „sozialen Öffnung“ der Hochschulen in Folge der Einführung der neuen gestuften Studiengänge wird auf Seiten der Hochschulen mit neuartigen Selektionsprozessen begegnet, um so die Konkurrenz beim Zugang zum exklusiven Bildungszertifikat des Hochschulabschlusses und seiner im Vergleich zu anderen Ausbildungsabschlüssen privilegierten Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt zu beschränken.

Ergebnisse II:

Meine Analysen zeigen einen signifikanten Einfluss der bereits in der allgemeinbildenden Schule erfolgten institutionellen Differenzierung der Studienberechtigten beim Hochschulübergang: Insbesondere SchulabgängerInnen mit einer Fachhochschulreife nehmen zwischen 2002 und 2005 deutlich seltener ein Studium auf. Dies ist signifikant häufiger der Fall für jene aus sozial niedrigen Schichten.

Des Weiteren wird die Umsetzung der Studienreform begleitet von einer Neugestaltung von Zulassungsvoraussetzungen bzw. -beschränkungen beim Hochschulzugang. Eingebettet in die Ende der 1990er Jahre angestoßene Förderalismusreform mit zunehmender Verlagerung der Verantwortlichkeit für die Auswahl der Studierenden auf die Hochschulen, werden diese Bildungsinstitutionen nunmehr in die Lage versetzt, aktiver als bisher sozial selektive Auswahlmechanismen zu etablieren (z. B. höhere Bedeutung der Abiturnote oder des persönlichen Auftretens in Aufnahmegesprächen, Anstieg von örtlichen Zulassungsbeschränkungen und NC-Bachelor-Fächern). Ferner kann angenommen werden, dass die Einführung bzw. Ankündigung von Studiengebühren vor allem die Studierchancen niedriger Schichten weiter verringert. Leider



gibt es bislang keine empirischen Studien zu den Auswirkungen der Selektionsinstrumente der Hochschulen sowie der Studiengebühren auf den Hochschulübergang.

Hinsichtlich der institutionellen Ausgestaltung der neuen Studiengänge können zwei weitere Schließungsmechanismen benannt werden:

1. Die Beibehaltung der traditionellen Abschlüsse des Staatsexamens in den Studienfächern Rechtswissenschaft und Medizin (bekanntermaßen Fächer mit hoher Bildungstradition in den Familien) sichert diesen HochschulabsolventInnen weiterhin eine soziale Exklusivität mit privilegierten Berufszugängen. Dass dies in Zukunft so bleiben soll, kann beispielsweise daran abgelesen werden, dass im Jahr 2007 in einem öffentlichen Aufruf 160 Jura-ProfessorInnen die neuen Studiengänge als „unbrauchbare Halbbildung“ abgelehnt haben.
2. Mit der zweistufigen Studienstruktur wird der Regelabschluss Bachelor tendenziell entwertet, denn der weiter berufsqualifizierende Abschluss des Master steht nur einem kleinen „elitären“ Kreis offen wiederum legitimiert über das meritokratische Paradigma der Auswahl „besonders befähigter“ Studierender. Verdeckt wird jedoch die dahinterliegende soziale Selektion. Der selektive Zugang zum Master wird über restriktive Übergangsquoten und verschiedene Auswahlinstrumente, über eine eingeschränkte Bafög-Finanzierung sowie eine sehr wahrscheinliche Gebührenpflicht die Bildungs-

chancen der Studierenden vornehmlich niedriger Sozialschicht erheblich einschränken. Damit stellt die Studienstruktur eine neuartige Form sozialer Schließung dar. Der exklusive Zugang zum Master-Studium beinhaltet ein deutliches Enttäuschungs- und Konfliktpotenzial, denn im Untersuchungszeitraum sahen weit über 70 % der Studienberechtigten – unabhängig von der Sozialschicht – die Fortsetzungsmöglichkeit mit dem Master-Studium als bedeutenden Vorteil der neuen Studienstruktur an. Der Bachelor wird offenbar von den Studienberechtigten – entgegen der politischen Intention – nicht als Regelabschluss anerkannt.

Fazit:

Im Untersuchungszeitraum 2002 bis 2005 sinkt bedingt durch die abnehmende Studierbereitschaft der Studienberechtigten niedriger Herkunft die Studierneigung insgesamt. Die Studienreform hat sozialschichttypische Bildungsbenachteiligungen nicht effektiv kompensiert und des Weiteren die politisch intendierte „soziale Öffnung“ der Hochschulen nicht verwirklicht.

Das neueste HIS-Studienberechtigtenpanel bestätigt für das Jahr 2006 den Trend einer abnehmenden generellen Studierneigung, nunmehr auch – dies ist der unerwartete Befund – bei den Studienberechtigten aus Akademiker-Elternhäusern. Hier zeichnet sich evtl. eine Bestätigung der These von Fuchs und Sixt (2007) zur Nachhaltigkeit von Bildungsaufstiegen ab.

Schließen möchte ich meinen Vortrag mit einem Zitat von Schnitzer (2003), der im Zusammenhang mit der Vernachlässigung der sozialen Dimension im Bologna-Prozess die anschauliche Metapher formuliert hat: „Die schnelle Umsetzung der neuen Studienstrukturen könnte sich als Pyrrhus-Sieg erweisen, wenn sich herausstellt, dass die breit angelegten Verbindungsstraßen im europäischen Hochschulraum von den potenziellen Nutzern nur zögerlich genutzt werden, weil die (sozialen) Zufahrtswege fehlen.“

Arbeitsmarktrisiken und soziale Gruppen

Der Fordismus lebt. Aber es kommen nicht mehr alle mit.

von Peter Bartelheimer

Vortrag gehalten am 8. Oktober auf dem 34. Kongress der DGS, 6.-10. Oktober 2008, Jena in der Ad-hoc-Gruppe 21: Destabilisierung und Unsicherheit in der arbeitgesellschaftlichen Mitte

Politische und wissenschaftliche Situationsdeutungen zur zunehmenden sozialen Ungleichheit in Deutschland beruhen in der Regel auf mehr oder weniger expliziten Annahmen darüber, worin heute Arbeitsmarktrisiken bestehen und wie sie auf soziale Gruppen verteilt sind. Wie die politischen Leitorientierungen *Aktivierung* und *Flexicurity* bewertet werden, hängt wesentlich von solchen Risikoannahmen ab.

Den politisch Verantwortlichen haben Streeck/Heinze im Jahr 2000¹ das Stichwort gegeben: Jede Arbeit sei besser als keine Arbeit. Da Ausgrenzung am Arbeitsmarkt mit Langzeitarbeitslosigkeit gleichgesetzt wird, soll für die Betroffenen dabei sein alles sein: Teilhabeprobleme lösen sich, wenn erst einmal irgendein Zugang zum Beschäftigungssystem gelingt. Presse und Politik bezeichnen denn auch die neue Fürsorgeleistung des Arbeitslosengelds II („Hartz IV“) als Leistung für Langzeitarbeitslose, obwohl diese Beschreibung nur auf einen kleinen Teil der Berechtigten zutrifft.

Viele sozialwissenschaftliche Beiträge schließen sich an die etwas unscharfe Formel Bourdieus² an: „Prekarität ist überall“, sie kommt also in der „arbeitgesellschaftlichen Mitte“ an. Sichere und unsichere Positionen seien am Arbeitsmarkt nicht mehr klar getrennt. Einige Studien stellen fest, dass Erwerbsverläufe unstetiger werden oder die Beschäftigungsstabilität abnimmt. Je nach Wahl des Beobachtungskonzepts oder des Indikators lässt sich die These allerdings auch bestreiten.

Beobachtet man die Erwerbsbeteiligung empirisch, so ergibt sich als stilisierter Fakt ein Nebeneinander von vier Mustern (vgl. Tabelle 1) – hier gemessen als Zeitanteil, den Personen im mittleren Erwerbsalter von 30 bis unter 50 Jahren in einem Beobachtungszeitraum von fünf Jahren (2000 bis 2004) in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbrachten. (Die Spannweite der Prozentwerte gibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland wieder.)

- *Stabile erwerbsgesellschaftliche Teilhabe (Muster I)*: zwischen 35 % und 50 % der Erwerbspersonen – selbst 40 % der ostdeutschen – sind durchgängig sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und relativ selten im Niedriglohnsegment.
- *Gesicherte Unterbrechungen (Muster II)*: Zwischen 23 % und 32 % sind länger als drei Viertel der Beobachtungszeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt; Unterbrechung durch Arbeitslosigkeit oder (vor allem bei Frauen) durch Familienphasen dürften in der Regel durch Vorsorge (Ar-

beitslosenversicherung) oder sozialen Ausgleich (Elternzeit, Elterngeld) geschützt sein.

- *Unsichere Erwerbsbeteiligung (Muster III)*: 16 % bis 22 % der Erwerbspersonen gelingt zeitweise sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, jedoch immer öfter im Niedriglohnsegment, und die Beschäftigungszeit füllt nur noch den kleineren Teil des Beobachtungszeitraums.
- *Potenzieller Erwerbsausschluss (Muster IV)*: Um 12 % der Erwerbspersonen verzeichnet in fünf Jahren keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mehr; Ein großer Teil von ihnen verschwindet während dieser fünf Jahre aus den Statistiken der Arbeitsverwaltung.

Leitindikator für Stabilität oder Turbulenz von Erwerbsbeteiligung ist hier die Zeit in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – denn sie bleibt die Norm „richtiger Arbeit“, auch wenn sie nicht mehr für alle gut erreichbar ist. Jedoch ergibt die Verwendung anderer Indikatoren kein grundsätzlich anderes Bild.

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtige Arbeit – noch Norm für alle, nicht mehr für alle erreichbar

Personen im Alter von 30 b.u. 50 Jahren	Zeitanteil 2000 bis 2004 in Prozent (H. Alda)					
	100-95	95-75	75-50	50-25	25-3	3-0
Männer, Westdeutschland	50,2	13,8	9,2	7,9	7,8	11,1
»Abstrom« zum 30.6.04 Niedriglohnerfahrung	0,0 5 (37)	23,3 25 (33)	32,0 40 (44)	43,8 47 (58)	64,4 44 (80)	80,3 4 (97)
Männer, Ostdeutschland	40,0	16,1	11,6	10,0	10,3	12,0
»Abstrom« zum 30.6.04 Niedriglohnerfahrung	0,0 5 (38)	15,2 22 (30)	25,7 33 (37)	34,0 40 (51)	45,3 38 (77)	70,5 3 (96)
Frauen, Westdeutschland	34,5	17,3	14,2	11,4	10,3	12,3
»Abstrom« zum 30.6.04 Niedriglohnerfahrung	0,0 18 (68)	36,9 38 (66)	49,7 45 (72)	60,9 45 (79)	77,9 40 (92)	83,4 3 (99)
Frauen, Ostdeutschland	40,1	15,3	12,2	9,8	10,2	12,3
»Abstrom« zum 30.6.04 Niedriglohnerfahrung	0,0 13 (64)	17,3 38 (30)	26,1 45 (37)	32,0 44 (72)	39,3 36 (87)	61,0 3 (99)

Quelle: IAB, Integrierte Erwerbsbiografien (IEBS); Berechnung: Holger Alda, SOFI.

¹ Streeck, Wolfgang/Heinze, Rolf G. (2000): Wende am Arbeitsmarkt durch Erneuerung des deutschen Modells. In: Sozialwissenschaftliche Informationen (SOWI), Schwerpunktthema Politik und Arbeitsmarkt, Jg. 29, Heft 1, S. 28-38.

² Bourdieu, Pierre 1998: Prekarität ist überall, in: ders. (Hg.): Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, S. 96-102.

Ad-hoc-Gruppe 21

„Die Destabilisierung und Unsicherheit in der arbeitgesellschaftlichen Mitte? Arbeitsmarkunsicherheit – soziale Folgen – Steuerungsansätze“, Leitung: Christoph Köhler und Olaf Struck (Jena).

Im ersten Panel diskutierten Olaf Struck (Jena), Heinz Bude (Kassel), Sandra Buchholz (Bamberg) und Martin Groß (Berlin) über Diagnosen zu objektiven Veränderungen und subjektiv erlebter Verunsicherung auf dem Arbeitsmarkt. Die Beiträge von Christoph Köhler (Jena), Jürgen Mansel (Bielefeld), Peter Bartelheimer (Göttingen) und Rolf Heinze (Bochum) hatten die gesellschaftlichen Folgen der Unsicherheit und ihre sozial- und wirtschaftspolitische Gestaltbarkeit zum Thema.

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Unsicherheit im Umbruch des Beschäftigungssystems und die Lasten einer Anpassung des Sozialmodells an diese Gegebenheiten höchst ungleich verteilt bleiben. Für die Erwerbsmuster I und II gilt das „fordistische Teilhabeverprechen“ der Erwerbsarbeit im Wesentlichen noch: Beteiligung am gehobenen Massenkonsum und Sicherung des Familienunterhalts durch Erwerbseinkommen, wobei der Sozialstaat Gefährdungen und Ungleichheiten korrigiert. In diesen Segmenten wird sozialstaatliche Teilhabe weiterhin zum einen durch Vorsorgesysteme realisiert (Robert Castel bezeichnet die Sozialversicherung auch als „soziales Eigentum“), zum anderen durch steuerfinanzierte Systeme sozialen Ausgleichs. Die alten Modellannahmen zum „wage-labour-nexus“ (industrielle Beziehungen, Massenkonsum, Familienlohn, Lebensstandardsicherung) sind nicht völlig außer Kraft. Vor allem die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen und das Nebeneinander verschiedener Verdiennermodelle des Haushalts (zwei vollzeitnahe Verdienner, modernisiertes Familienernährermodell, ein Verdienner) machen eine Anpassung und Modernisierung des Sozialmodells

nötig, etwa erweiterte Wahlmöglichkeiten zwischen marktvermittelten haushaltsnahen Dienstleistungen, eigener Sorgearbeit und anderen Konsumverwendungszwecken. Die berufliche Mobilität dieser Erwerbspersonen und ihre Bildungs- und Wohnansprüche treiben die soziale Segregation des Schulsystems und des Wohnungsmarkts voran.

Den Erwerbslagen III und IV ist bei allen Unterschieden gemeinsam, dass in ihnen kein ausreichendes „soziales Eigentum“ durch Vorsorgeleistungen gebildet werden kann. Entscheidungen für das Verdiennermodell, für Arrangements der Sorgearbeit und für Konsumverwendungszwecke (nahe der Grenze zu Armut und Unterversorgung) fallen „gelegenhetsorientiert“, ebenso Arbeitsaufnahme und Bildungsentscheidungen. Diese Segmente der Erwerbsbevölkerung sind von marktvermittelten Dienstleistungen weitgehend ausgeschlossen und für ihre Lebensführung wie für ihren elementaren Massenkonsum auf Systeme des sozialen Ausgleichs bzw. der Grundsicherung angewiesen.

Zählt man nach dem „Zonenmodell“ Castels die Erwerbslagen I und II zur „Zone der Integration“, so können Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für sie mit einigem „Modernisierungs“-Aufwand Flexicurity einlösen. Ihr Teilhabenniveau prägt zugleich den Erwartungshorizont der ganzen Gesellschaft. Die anderen beiden Erwerbslagen werden durch den Umbruch des gesellschaftlichen Teilhabemodus verwundbar, oder sie werden von Teilhabe „entkoppelt“, also ausgegrenzt. Diese „Zone der Verwundbarkeit“ stellt das Sozialmodell unter radikalen Anpassungsdruck. Sie liegt keineswegs außerhalb des Beschäftigungssystems, sondern schließt – um ein anderes Wort von P. Bourdieu zu verwenden – „innere Ausgrenzung“ in Erwerbsarbeit ein. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik schafft hier keine Flexicurity: Als „Erwerbsfürsorge“ hält sie die einen in prekären Arbeitsverhältnissen, als „Beschäftigungslosenfürsorge“ schneidet sie den Chancenlosen den Rückzug vom Arbeitsmarkt in „inaktive“ gesellschaftliche Statusalternativen ab. Für diese Zone, in der

Vorsorge als Modus sozialer Rechte nicht mehr funktioniert, geht es um die sozialstaatliche Gestaltungsalternative: entweder dauerhafte Sicherung nach Fürsorgeglogik oder eine moderne Grundsicherung als soziales Bürgerrecht.

Mag sein, dass auch diejenigen verunsichert sind, die man mit einem für seine Unschärfe geschätzten Begriff als „erwerbgesellschaftliche Mitte“ bezeichnet. Aber für die Sozialstruktur ist weiter zwischen denen zu unterscheiden, die im Vollzug des alten Teilhabemodus die wachsende Fallhöhe als bedrohlich wahrnehmen, und jenen, die heute schon vermutlich dauerhaft von dieser Teilhabeform ausgeschlossen sind. Kritische Sozialforschung darf diesen Unterschied nicht verwischen. „Mitte“ war noch nie eine präzise Lagebestimmung. Wenn Prekarität und Ausgrenzung nur um den Preis als politisch zu bearbeitende Probleme anerkannt werden, dass sie sich als Problem der Mitte stilisieren lassen, nimmt man denen in der Zone der Unsicherheit sogar den Begriff ihrer Lage.

Zum Weiterlesen

Alda, Holger/Bartelheimer, Peter (2008): Ungleiche Erwerbsbeteiligung – Messkonzepte für ein segmentiertes Beschäftigungssystem; in: Gensior, Sabine/Lappe, Lothar/Mendius, Hans Gerhard (Hg.): Im Dickicht der Reformen – Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf, SAMF-Arbeitspapier 2008-1, Cottbus: 49-78.

Bartelheimer, Peter (2007): Politik der Teilhabe, Ein soziologischer Beipackzettel, Fachforum Nr. 1/2007, Projekt gesellschaftliche Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

*Kennzahlen zur Erwerbsbeteiligung für den zweiten Bericht zur sozio-ökonomischen Entwicklung Deutschlands:
<http://soeb.de/erwerbsteilnahme.php>*

Transformation der ostdeutschen Industrie Radikaler Pfadwechsel durch Kontinuität

von Klaus-Peter Buss

Die ehemals staatssozialistischen Gesellschaften in Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa haben seit den 1990er Jahren einen tiefen sozioökonomischen Umbruch erlebt. Dieser Umbruch wird in der wissenschaftlichen Diskussion zumeist nur unter dem Blickwinkel der Transformationsforschung thematisiert. Die Beiträge der Ad-hoc-Gruppe fragten aus unterschiedlichen Perspektiven nach der Relevanz der neueren Postsozialismus-Forschung für andere Forschungsstränge. Im Zentrum des Göttinger Beitrages, der auf einem abgeschlossenen Forschungsprojekt beruhte, stand die Frage: Was lässt sich aus der Trans-

formationsforschung lernen? Die Bedeutung institutioneller Komplementaritäten für die Herausbildung nationaler Modelle und damit verknüpfter Unternehmensstrategien heraus, steht mit diesem Argument immer aber auch in der Gefahr deterministischer Erklärungen, weil im Dunkeln bleibt, wie angesichts der starken institutionellen Prägung gesellschaftliche Pfadwechsel verlaufen. Die Transformation der ehemals staatssozialistischen Gesellschaften bietet die Möglichkeit, dieser Frage ein Stück weit nachzugehen.

Im Ausgang dieser Transformation steht das grundlegende Scheitern des sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodells, mit dem sowohl ein – im Sinne des „Varieties of Capitalism“-Ansatzes andersartiges, weil nicht-kapitalistisches – institutionelles Setting als auch das damit verbundene Produktionsmodell planwirtschaftlich gesteuerter Industrieproduktion ihr Ende fanden. In dieser doppelten Perspektive erlebten diese Gesellschaften in den 90er Jahren einen radikalen Pfadwechsel von einer sozialistischen Planwirtschaft hin zu einer Spielart des Kapitalismus, die einen ebensolchen Wechsel in den von den Unternehmen verfolgten Produktionsmodellen fundiert.

Mit dem ostdeutschen Pfadwechsel verbindet sich dabei von Beginn die Erwartung ei-

ner Anpassung an das westdeutsche Kapitalismusmodell. Eine Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft, so die Grundannahme, sei nur auf Grundlage eines umfassenden Bruchs mit dem gescheiterten planwirtschaftlichen Produktionsmodell der DDR und einer Anpassung an das westdeutsche Produktionsmodell möglich. Auf der institutionellen Ebene soll dieser Prozess durch den Anfang der 90er Jahre

Ad-hoc-Gruppe 36

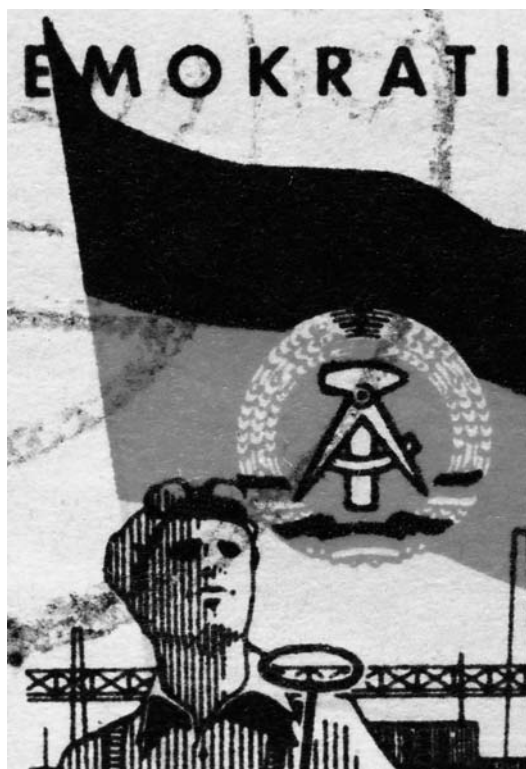
„Transformierte Perspektiven – Zur Relevanz der Postsozialismus-Forschung für andere Forschungsstränge“

Organisation: Jürgen Beyer (Hamburg)/Volker Wittke (Göttingen)

Mit Beiträgen von Helmut Wiesenthal (Berlin), Katharina Bluhm/Vera Trappmann (Osnabrück/Jena), Jürgen Breyer/Stefan Kirchner (Hamburg) und Klaus Peter Buss/Volker Wittke (Göttingen)

schnell fortschreitenden Transfer der zentralen Institutionen des westdeutschen koordinierten Kapitalismus gestützt werden, die, so die Erwartung, die Ausrichtung der ostdeutschen Unternehmen auf das westdeutsche Produktionsmodell befördern würden. Das Erbe der DDR-Industrie erscheint demgegenüber vor allem problembehaftet. Die Bilanz der ostdeutschen Transformation fällt allerdings eher ambivalent aus. Zwar hat die ostdeutsche Wirtschaft einen Pfadwechsel vollzogen, die Vorstellung des gerichteten Pfadwechsels vom ostdeutschen Sozialismus zum westdeutschen Kapitalismus ist aber sichtlich nicht aufgegangen. Die im Beitrag verfolgte These ist: Der Pfadwechsel ist trotz des Ausmaßes des 1989/90 vollzogenen Umbruchs sehr viel stärker von Kontinuitäten geprägt, als dies wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund lassen sich einige ostdeutsche Entwicklungen besser verstehen.

Ein wesentlicher Grund für diese Kontinuitäten liegt in der betrieblichen Transformation. Die Startbedingungen der ostdeutschen Industrie zu Beginn der 90er Jahre sind vor allem durch das umfassende Wegbrechen der von ihr bedienten Märkte gekennzeichnet. Entsprechend bestand die zentrale Transformationsaufgabe für die Unternehmen, ob nun Altunternehmen oder Neugründung, darin, sich als New-



formation der ostdeutschen Industrie über den Ablauf gesellschaftlicher Pfadwechsel im Allgemeinen lernen?

In der Diskussion um nationale Kapitalismusmodelle und ihre Entwicklung im Prozess der Globalisierung kommt der Frage nach der Pfadabhängigkeit sozioökonomischer Prozesse zentrale Bedeutung zu. In jüngerer Zeit ist hier insbesondere der „Varieties of Capita-

comer in einem hart umkämpften Wettbewerbsumfeld neu zu etablieren. In den Vordergrund rückte für die Unternehmen damit die Entwicklung eigener – spezifischer – Wettbewerbsstärken, die es ihnen ermöglichten, sich von ihren – insbesondere westdeutschen – Wettbewerbern abzuheben. Hierbei spielen ostdeutsche Lohnkostenvorteile sicherlich eine wichtige Rolle. Für einen nachhaltigen Erfolg würde dies allerdings nicht ausreichen. Wettbewerbsvorteile basieren vor allem auf Ressourcen und Kompetenzen, über die ein Unternehmen verfügt und die es dazu einsetzen kann, sich in seinen Leistungen von seinen Konkurrenten abzuheben. Die ostdeutschen Unternehmen verfügen in der Transformations-situation allerdings vor allem aber über solche Kompetenzen, die sie bereits zu DDR-Zeiten und unter den Bedingungen sozialistischer Planwirtschaft herausgebildet haben.

Der Wahrung und Nutzung dieser industriellen Kompetenzen kommt damit bei der Profilierung der Unternehmen eine Schlüsselrolle zu. Für die Unternehmen kam es darauf an, ihre spezifischen, durch die DDR-Industrie geprägten Kompetenzen im Rahmen neuer Wettbewerbsstrategien und in Bezug auf konkrete Marktchancen einer neuen Nutzung zuzuführen. Anhand von Fallbeispielen zeigte der Beitrag auf, wie zu DDR-Zeiten ausgebildete industrielle Kompetenzen zur Grundlage neuer Wettbewerbsstrategien und damit des betrieblichen Pfadwechsels gemacht wurden. Wichtig dabei ist: Die Unternehmen setzen nicht einfach ihre Produktionsweise fort, sondern nutzen diese Kompetenzen in neuer Weise und im Rahmen neuer Strategien. Insofern handelt es sich zwar um Diskontinuität. Allerdings basieren die Kompetenzen der Unternehmen auf dem Wissen und den Erfahrungen ihrer Mitarbeiter, auf innerbetrieblich eingespielten Routinen und erprobten Verfahren im Umgang mit bestimmten Problemen. Dies bedeutet: Ohne personelle und organisatorische Kontinuitäten wären diese Kompetenzen gar nicht abrufbar.

Hierin liegt ein wichtiger Schlüssel für das Verständnis der Entwicklung auch auf der institutionellen Ebene, denn mit diesen Kompetenzen werden zugleich auch institutionelle Prägungen aus der facharbeitsorientierten DDR-Industrie fortgeschrieben. Besonders deutlich wird dies etwa an der Art, in der Kompetenzen, die im DDR-Berufsbildungssystem entstanden sind, in der Organisation von großen Ausbildungsverbänden genutzt werden. Ähnliches gilt aber auch in den industriellen Beziehungen. Trotz der bekann-



ten Durchsetzungsschwäche arbeitnehmerischer Interessenvertretung in Ostdeutschland zeichnen sich ostdeutsche Unternehmen vielfach durch eine spezifische betriebliche Sozialordnung mit einer hohen Stammbefugungsorientierung aus. Plausibel wird dies vor dem Hintergrund der betrieblichen Transformation: Die hohe Stammbefugungsorientierung erscheint hier als Modus der Sicherung von und des Zugriffs auf die strategisch wichtigen industriellen Kompetenzen. Zugleich verweist die spezifische Ausprägung der

betrieblichen Sozialordnung auch hier auf die Einbettung der Kompetenzen zu DDR-Zeiten in eine von eher informellen Interessenausgleichsstrukturen geprägte betriebliche Sozialordnung.

Bezogen auf die Eingangsfrage nach dem „Wie“ gesellschaftlicher Pfadwechsel zeigt der Fall, dass pfadabhängige Entwicklung und Pfadwechsel einander nicht ausschließen. Im Pfadwechsel der ostdeutschen Industrie kommt der Nutzung der spezifischen, zu DDR-Zeiten herausgebildeten Kompetenzen eine

zentrale Rolle zu. Die hierbei zu Tage tretenden Kontinuitäten verweisen einmal mehr darauf, dass „history matters“. Dies war angesichts der Radikalität des gesellschaftlichen Umbruchs nicht notwendig zu erwarten. Der ostdeutsche Fall zeigt hier, dass die ostdeutschen Akteure trotz des extremen Außendruckes – das eigene Gesellschaftsmodell war auf allen Ebenen gescheitert – den Bruch mit ihrer Vergangenheit nicht so radikal vollzogen haben. Allerdings be-

stehen die Kontinuitäten nur vermittelt. Die DDR-Kompetenzen konnten nicht bruchlos auf neue Marktstrategien übertragen werden. Ihre neue Wirksamkeit entfalten sie erst durch neue Formen der betrieblichen Nutzung und institutionellen Einbettung. Die Leistung, die der erfolgreichen Transformation ostdeutscher Unternehmen zugrunde liegt, besteht genau in dieser Umnutzung und Neueinbettung. Möglich war dies aber nur, weil der in diesem radikalen Pfadwechsel vollzogene Bruch nicht so groß wie erwartet war.

Impressum

Die Mitteilungen aus dem SOFI erscheinen dreimal im Jahr.

Herausgeber: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: (0551) 52205-0, E-Mail: sofi@sofi.uni-goettingen.de, Internet: <http://www.sofi.uni-goettingen.de>

Redaktion und Layout: Dr. Martina Parge, PARGE PR, Satz: Artbüro Schmara®

Die Mitteilungen aus dem SOFI sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können online auf der Webpage abonniert werden.

IT-Arbeit zwischen Deutschland und Indien

Multilokalität zwischen transnationaler Konzernstruktur und ortsgebundener Arbeitskraft-Reproduktion

von **Nicole Mayer-Ahuja**

Vortrag in der Sektionssitzung der Sektionen Arbeits- und Industriosozologie, Entwicklungssoziologie und Stadt- und Regionalsoziologie: „Multilokales Leben – multilokale Haushalte – multilokale Arbeit“ am 10. Oktober 2008

In deutsch-indischen Projektteams schwelt ein Konflikt: Deutsche IT-Experten verstehen nicht, warum indische Kollegen klaglos Nächte durcharbeiten – aber sich weigern, abends spontan eine Viertelstunde anzuhängen. Dies hat in dreifacher Weise mit Multilokalität zu tun: (1) Solche Abstimmungsprobleme entstehen nur bei transnationaler Arbeit – und diese verweist auf Zeit-Raum-Verdichtung. (2) Trotz enger Kooperation bleibt IT-Arbeit (und vor allem Arbeitskraft-Reproduktion) ortsgebunden: Statt transnationaler Multilokalität entsteht ungleichmäßige Multilokalität in Deutschland und in Indien. (3) Veränderte Multilokalität begründet neue Standards der Herrschaft über und der

Festlegung auf Raum – sie zerstört Lebensweisen und soziale Praktiken.

Vorab zwei begriffliche Konkretisierungen: Erstens ist zwischen synchroner und diachroner Multilokalität zu unterscheiden – „synchron“ meint die gleichzeitige Kombination verschiedener Wohn und Arbeitsorte; „diachron“ den mehrfachen Ortswechsel im Zeitverlauf. Zweitens ist (in Anlehnung an Harvey) zwischen absolutem, relativem und relationalem Raum zu differenzieren. „Multi-Lokalität“ verweist auf „absoluten Raum“: auf mehrere, scheinbar objektiv bestimmbare Ausschnitte der geographischen Welt. Um aber die Beziehungen zwischen diesen Lokalitäten, Distanz und deren Überwindung im Arbeitsalltag zu fassen, braucht man Denkmodelle wie „relativen Raum“, der auf Raum-Zeit-Verhältnissen beruht („spatio-temporality“), und „relationalen Raum“, der durch Prozesse menschlicher Auseinandersetzung mit Raum konstituiert wird.

Keine transnationale Arbeit ohne Zeit-Raum-Verdichtung

Unsere Fallstudien in einer deutschen Software-Produktfirma und deren indischer Niederlassung sowie in einer indischen Servicefirma und deren deutscher Niederlassung zeigen unterschiedliche Standards von multilokaler Arbeit. In der Produktfirma ist der Austausch zwischen Mutterhaus und indischer Niederlassung intensiver, denn in Indien werden Teile neuer Software-Produkte hergestellt, und auch Entwickler müssen sich direkt koordinieren. Bei der indischen Servicefirma wird in der deutschen Niederlassung vor allem beraten, während die Programmierung in Indien erfolgt. Trotzdem arbeiten deutsche und indische Beschäftigte in beiden Firmen in einem Maße direkt zusammen, das nur durch „time-space-compression“ erklärbar ist. An der absoluten räumlichen Entfernung zwischen Zentren und Peripherie hat sich nichts geändert – trotzdem sind Deutschland und

Indien sich näher gerückt, weil Zeit-Raum-Verdichtung zur „Reduzierung von Kosten und Zeitaufwand für die Bewegung von Waren, Menschen (Arbeitskraft) und Information“ führt (Harvey 2006, 100). Marx hat dies als „Vernichtung von Raum durch Zeit“ beschrieben, die im unaufhörlichen Streben nach Erhöhung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Kapitals begründet sei. Es ermöglicht transnationale Arbeit in Form virtueller Kooperation (mit Hilfe neuer Kommunikations- und Informationstechnologien) und in Form direkter, persönlicher Kooperation.

Ungleichmäßige Multilokalität in Deutschland und in Indien statt transnationaler Multilokalität

Trotzdem findet keine Einebnung der Unterschiede zwischen den Standorten statt: die Dialektik von Ort und Raum bewirkt, dass durch Reduzierung räumlicher Barrieren Unterschiede in der Qualität verschiedener Orte (Arbeitskraftangebot, Infrastruktur oder politisches Entgegenkommen) wichtiger werden, weil Firmen sie gezielter nutzen können (Harvey 1990, 428). In Konkretisierung dieses Gedankens gehen wir davon aus, dass transnationale IT-Arbeit durch ein Spannungsverhältnis geprägt ist: zwischen transnationaler Unternehmensstruktur und ortsgebundenen Regulierungsszenarien (speziell: der Reproduktion von Arbeitskraft).

Die transnationale Unternehmensstruktur führt trotz „Zeit-Raum-Verdichtung“ in unseren Firmen kaum dazu, dass Beschäftigte permanent zwischen Deutschland und Indien pendeln. Harvey (1990, 427) betont, dass der Abbau räumlicher Barrieren Menschen oft umso mehr an Ort, Region und Nation hängen lässt. Doch im IT-Sektor hat die zunehmende Sesshaftigkeit auch mit restriktiveren Immigrationspolitiken (in den USA, aber auch in Deutschland nach Abschaffung der Greencard) sowie mit unter-

Multilokales Leben, multilokale Haushalte, multilokale Arbeit: Erweiterte Optionen oder erhöhte Unsicherheit?

Veranstaltung der Sektionen Arbeits- und Industriosozologie, Entwicklungssoziologie und Stadt und Regionalsoziologie:

Leitung: Hartmut Hirsch-Kreinsen (Dortmund); G. Günther Voß (Chemnitz)

Mit Beiträgen von Knut Petzold/Christine Weiske/Diana Zierold (Chemnitz); Michaela Schier (München); Martin Abraham/Natascha Nisic (Erlangen); Stefanie Kley (Bremen); Nicole Dietrich/Norbert Huchler/Ingo Matuschek (Chemnitz); Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)

nehmerischem Arbeitskraft-Einsatz zu tun: Virtueller Austausch ist noch schneller und billiger als Reisen, zumal man indischen IT-Spezialisten in Deutschland deutsche Löhne zahlen müsste. Entsprechend pendelt nur ein kleiner Kreis zwischen Deutschland und Indien: in der deutschen Produktfirma das deutsche Topmanagement; in der indischen Servicefirma wenige, häufig wechselnde Onsite-Koordinatoren. Transnationale Strategien von Arbeitskraft-Einsatz beruhen hier also darauf, transnationale Multilokalität zu reduzieren.

Gleichzeitig sind in Deutschland und in Indien unterschiedliche raumzeitliche Strukturen von IT-Arbeit festzustellen – transnationale Arbeit verbindet „sehr spezifische raum-zeitliche Struktur[en] von Kapitalakkumulation“ und sozialer Reproduktion (Harvey 2006, 96). Die Relativität von Raum macht sich unterschiedlich bemerkbar – das Ergebnis ist ungleichmäßige Multilokalität.

So klaffen etwa in Indien relative und absolute Entfernung weiter auseinander. Weil sich ausländische Firmen und deren indische Partner auf die Metropolen konzentrieren, werden dort Straßen, Bahn- und Flugverbindungen ausgebaut. Daher kann man schneller von Bangalore nach Frankfurt reisen, als in eine Distrikthauptstadt im selben indischen Bundesstaat. In Deutschland hingegen ist die Kluft weniger groß: Die IT-Branche ist örtlich kaum konzentriert; das Straßennetz (wenn auch nicht die Schiene) ermöglicht es Beschäftigten, teilweise 50 km weit zum Büro zu pendeln. In Bangalore hingegen muss man möglichst büronah wohnen, um stundenlange Staus zu vermeiden. Wohn- und Arbeitsort rücken sich gezwungenermaßen näher. Extremes, in Deutschland unvorstellbares megastädtisches Wachstum ist die Folge.

Außerdem müssen indische Beschäftigte (wenn man aus der kurzen Existenz der indischen IT-Branche extrapoliert) im Lauf des Erwerbslebens öfter



als deutsche Kollegen den Wohnort wechseln. Beschäftigte in Bangalore sind meist nicht vor Ort aufgewachsen und räumlich kaum verankert – immerhin könnten speziell ausländische Firmen Niederlassungen kurzfristig verlagern, und der nächste Arbeitsplatz könnte in Delhi oder Mumbai sein. Zudem arbeiten sie in den wenigen Zentren von IT-Produktion oft sehr viel weiter von ihrem Heimatort entfernt. Während viele deutsche Interviewpartner im Heimatdorf wohnen, finden in indischen IT-Kreisen Besuche bei der Herkunftsfamilie oft nur ein- oder zweimal im Jahr statt. Die Multilokalität der örtlich verteilten Mehrgenerationenfamilie spielt damit eine unterschiedliche Rolle.

Veränderte Multilokalität zerstört Lebensweisen und soziale Praktiken

Die Frage, ob Multilokalität „erweiterte Optionen“ oder „erhöhte Unsicherheit“ mit sich bringe, verweist schließlich auf relationalen Raum – auf die Wahrnehmung von Raum durch Menschen und auf deren Auseinandersetzung mit räumlich-zeitlichen Strukturen.

Drei Beobachtungen dazu: Erstens hat die Abkehr indischer IT-Beschäftigter von synchroner Multilokalität massive städtebauliche Konsequenzen: Dass schlechte Infrastruktur sie in Bangalore zwingt, möglichst nahe am Arbeitsplatz zu wohnen, hat zu einem Umbau der Stadt und zur „Konstruktion eines komplett neuen räumlichen Beziehungsmusters“ geführt. Immer neue IT-Gewerbegebiete mit benachbarten riesigen Apartment-Anlagen werden errichtet, während einfache Wohnviertel und Slums aus dem Stadtgebiet verdrängt werden. Deren ehemalige Bewohner stehen vor dem Problem, vom Stadtrand aus auf überfüllten Straßen und ohne ausreichenden öffentlichen Nahverkehr zum oft im Zentrum (oder in IT-Wohn- und Arbeitsgebieten) gelegenen Arbeitsplatz zu gelangen. Für sie hat die neue Multilokalität Kosten, Stress und Unsicherheit erhöht, weil die räumliche Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort

absolut und relativ gestiegen ist. Die Entwicklung von Bangalore markiert also eine jener Revolutionen in zeitlich-räumlichen Beziehungen, die „eine Zerstörung der Lebensweisen und sozialen Praktiken“ beinhalteten, die um vorangegangene Zeit-Raum-Systeme herum errichtet waren (Harvey 1990, 425). Deutschland hingegen erlebt derzeit keine vergleichbare raum-zeitliche Revolution – Multilokalität ist relativ stabil.

Zweitens hat diachrone Multilokalität (mehrmaliger Wechsel von Wohn- und Arbeitsort) Konsequenzen für das Generationenverhältnis. Bei deutschen IT-Spezialisten wird Kindererziehung und die Pflege älterer Familienmitglieder (angesichts relativer örtlicher Stabilität) überraschend oft im Familienkreis erledigt – Großeltern helfen bei der Kinderbetreuung, und viele Väter unter den (fast durchweg männlichen) Befragten haben eine nicht oder teilszeitberufstätige Ehefrau, die Reproduktionsarbeiten übernimmt. Multilokalität im Sinne langer Pendelwege schafft hier geringe Unsicherheit. In

Indien hingegen entsteht diachrone Multilokalität (Ortswechsel) nicht nur durch die örtliche Konzentration der IT-Branche, sondern auch dadurch, dass viele Frauen nach einer (oft arrangierten) Heirat zu ihrem Ehemann ziehen, und dass Eltern oder erwachsene Kinder synchrone Multilokalität aufheben (also zusammenziehen), um die Betreuung von Kindern oder Alten sicherzustellen. Gerade bezüglich ‚dual career couples‘ im IT-Bereich wird derzeit die Wiederkehr der „joined family“ diskutiert. Immerhin führt die Auflösung der Mehrgenerationenfamilie zu umso mehr sozialer Verunsicherung, wenn es (wie in Indien) kaum sozialpolitische Sicherungsnetze (wie öffentlich subventionierte Kinderbetreuung, Renten oder Pflegeversicherung) gibt, die privatisierte Sorgearbeit ersetzen könnten. Die Reproduktion von Arbeitskraft erfordert dann die Entscheidung für eine „Lokalität“: Eltern ziehen zu ihren Kindern, um Enkel zu betreuen; Kinder wachsen bei den Großeltern auf und sehen ihre Eltern zweimal im Jahr; oder IT-Karrieren sind zeitlich durch die Aussicht begrenzt, sich bei Bedarf weit weg vom IT-Hub um die Eltern zu kümmern. Während viele deutsche Befragte in ihrer Heimatregion geblieben sind, führt die Aufhebung synchroner Multilokalität in Indien zu Langstrecken-Umzügen – diachrone Multilokalität greift um sich.

Drittens hat die mit häufigen Ortswechseln verbundene räumlich-zeitliche Kurzfristigkeit arbeitsorganisatorische Folgen. In der deutschen Produktfirma etwa überwiegt im Mutterhaus die Delegation von Verantwortung an langjährig bekannte, fachlich hoch spezialisierte Beschäftigte, die man weder kleinteilig kontrollieren kann noch muss. In Indien hingegen kämpft dieselbe Firma darum, enorme Fluktuationsraten zu reduzieren oder organisatorisch zu kanalisieren. Einerseits werden Beschäftigte durch attraktive Arbeitsräume und -bedingungen „gehalten“ – andererseits erprobt man arbeitsorganisatorische Wege, sie ersetzbar zu machen und die Risiken ihrer räumlich-zeitlichen „Beweglichkeit“ für das Unternehmen zu reduzieren. Ziel ist die Standardisierung von Arbeitsabläufen, Qualifikationen und Kontrollsystemen, die (wenn sie gelänge)

die potentiellen Chancen von Zeit-Raum-Verdichtung für Beschäftigte in Frage stellen würden: Indische Beschäftigte rücken zwar räumlich relativ näher an das westliche Mutterhaus heran – doch der fachliche und arbeitsorganisatorische Abstand zu deutschen Kollegen bleibt gewahrt. Zeit-Raum-Verdichtung geht mit ungleichmäßiger Entwicklung einher.

Multilokalität und die „kritische Viertelstunde“

Indem man zwischen synchroner und diachroner Multilokalität unterscheidet und neben absolutem auch relativen und relationalen Raum berück-



sichtigt, erklärt sich der erwähnte Dauerkonflikt: Nächte durchzuarbeiten, ist im Notfall in deutschen wie indischen Teilen transnationaler Teams selbstverständlich – die Folgen für die Reproduktionssphäre trägt jeweils die Familie, wobei in Deutschland eher die Ehefrau, in Indien eher die Mehrgenerationenfamilie und ein Heer von Dienstboten „einspringt“. Die „kritische Viertelstunde“ hingegen konfrontiert uns schlaglichtartig mit der Relativität von sozialem Raum und der Ungleichmäßigkeit von Multilokalität: Deutsche Pendler sind durchweg mit privaten PKWs unterwegs (Verkehrsinfrastruktur). Ob sie ein paar Minuten länger arbeiten, ist egal – die Kinder bringt die Gattin ins Bett (generationale Reproduktion von Arbeitskraft). Indische Beschäftigte hingegen können in der Megastadt Bangalore auf chronisch

verstopften Straßen kein Auto gebrauchen (Städtebau). Sie fahren meist mit unternehmenseigenen Bussen – verpasst man sie, so bleibt es nicht bei einer Viertelstunde Verspätung (Arbeitsorganisation/Arbeitszeit). Dies ist besonders kritisch, wenn man zu den zahlreichen „dual career couples“ im IT-Bereich gehört und sich mit dem Partner abstimmen muss (Verdienermodelle). Selbst wenn man „neben“ dem Büro wohnt, ist die relative Distanz zur Wohnung oft größer als in Deutschland, so dass der Feierabend später beginnt (tägliche Arbeitskraft-Reproduktion). Kurz: Das transnationale Gezerre um „die paar Minuten“ ist

Ausdruck komplexer Wechselwirkungen – nicht zuletzt zwischen transnationaler Unternehmensstruktur und ortsgebundener Arbeitskraft-Reproduktion.

Literatur

Harvey, David (1990): Between Space and Time: Reflections on the Geographical Imagination, in: Annals of the Association of American Geographers, Vol. 80, No. 3 (Sept.), 418-434

Ders. (2006): Spaces of Global Capitalism. Towards a theory of uneven geographical development, London/New York.

Zu Literatur aus dem Projekt:

<http://www.sofi.uni-goettingen.de/?id=271>

Flexibilität, Unsicherheit, Autonomie

von Harald Wolf

Vortrag in der Ad-hoc-Gruppe: „Welche Sicherheit braucht die Flexibilität?“ am 10.10.08 in Jena

Vor dem Hintergrund einer überwiegend auf Arbeitsmarktflexibilität fokussierten Debatte betonte der Beitrag die weiterhin große Bedeutung von Sicherheit in modernen Arbeitsorganisationen sowie einen empfindlichen Mangel an Autonomie. Die wesentlichen Punkte des Arguments:

In vielen Unternehmen konterkarieren Flexibilisierungsmaßnahmen andere organisatorische Zielsetzungen – die Aufwertung von Wissen und Partizipation nämlich, die Vertrauensbeziehungen und halbwegs stabile Tauscharrangements voraussetzt. Diese Zielkonflikte können nicht aufgelöst, sondern müssen immer wieder ausbalanciert werden.

Gerade in vermeintlichen Vorzeigebereichen der Flexibilisierung ist seit Beginn des Jahrhunderts eine Rigidisierung von Organisationsstrukturen zu beobachten. Die Impulse dazu gingen interessanterweise von den Kunden aus. Ironisch zugespitzt ließe sich von marktinduzierter Bürokratisierung sprechen: Je unmittelbarer die Abhängigkeit vom Markt – dem vermeintlichen Flexibilisierungstreiber – desto stärker die Tendenz interner organisatorischer Strukturierung und Hierarchisierung. Entsprechend prägen bei den Beschäftigten nicht Freelancer, sondern „Normalarbeitsverhältnisse“ das Bild.

Gegenüber einem Verständnis von Autonomie als mehr individuelle Flexibilität innerhalb eines vorgegebenen Rahmens plädiert der Beitrag für einen gehaltvolleren Autonomiebegriff, der den Rahmen selbst und damit die

Frage „Wessen Flexibilität?“ einbezieht. Damit wird zum einen die Frage industrieller Demokratie aufgeworfen – also der kollektiven Einflussnahme auf Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse als Alternative zur vorherrschenden „Flexokratie“. Zum anderen zeichnet sich – angesichts der Unsicherheit und Identitätsverlust des Sennett'schen „flexiblen Menschen“ – ein drohender Teufelskreis von mangelnder individueller Autonomiefähigkeit und mangelndem kollektivem Autonomiestreben ab.

Sind in dieser Situation vielleicht Organisationen, gleichsam als Inseln relativer Stabilität und Sicherheit im Meer anwachsender Unsicherheit – so lautete am Ende die Frage – nicht noch einer der wenigen gesellschaftlichen Orte, wo dieser Teufelskreis (gewerkschafts- und arbeits-) politisch durchbrochen werden könnte?

Energiewende in der Stromversorgung

von Rüdiger Mautz

Vortrag im Plenum 6: „Klimawandel und nachhaltige Energieversorgung: Transformation und sozialer Wandel“ am 8.10.08

Die Frage nach den Möglichkeiten und konkreten Umsetzungsformen einer nachhaltigen Energieversorgung ist eng mit der Frage nach der Transformationsmöglichkeit großtechnischer Systeme verknüpft. Ein paradigmatisches Beispiel dafür ist das Stromsystem. Es erfüllt unabdingbare Funktionen im Rahmen industriegesellschaftlicher Produktion und Reproduktion, gilt aber auch als eine der wichtigsten Quellen globaler ökologischer Risiken.

In der soziologischen Debatte um große technische Systeme wird diesen zumeist eine besonders hohe Resistenz gegenüber grundlegenden Innovationen attestiert. Typisch sei inkrementeller Wandel, der die Kernstruktur eines großtechnischen Systems stabilisiert und langfristig erhält, etwa durch



Verbesserungsinnovationen, mit denen systeminterne Friktionen oder Funktionsmängel behoben würden. Fundamentalere Wandel könne dagegen in der Regel nur durch extern verursachten Veränderungsdruck ausgelöst werden, zum Beispiel durch die Zangenbewegung von politisch-institutionellen und/oder soziokulturellen Umbrüchen einerseits und dem innovativen Druck technologischer Nischenentwicklungen andererseits.

Dieser Erklärungsansatz wurde in dem Vortrag kritisch aufgegriffen – gestützt auf die Ergebnisse einer SOFI-Studie zum deutschen Stromsystem und der Entwicklung erneuerbarer Energien (siehe *Mitteilungen aus dem SOFI*,

Nr. 2, S. 12-13). Am Beispiel aktueller Umbaustrategien des traditionellen deutschen Stromsektors und der Erneuerbare-Energien-Branche konnte gezeigt werden, dass sich die gegenwärtig absehbaren Entwicklungsalternativen des deutschen Stromsystems nicht der Dichotomie von systeminternen Kräften der Beharrung und externen Kräften des radikalen Wandels fügen. Typisch für die konkurrierenden Strategien ist vielmehr eine jeweils spezifische Kombination aus inkrementellen Umbauschritten des bestehenden Stromsystems und Perspektiven grundlegenderen Wandels. Fazit: Die Akteure des Wandels sind heute nicht mehr eindeutig systemextern zu verorten. Mit ihnen ist der Diskurs des Wandels in der systeminternen Arena des Stromsektors angekommen.

Vorträge im Internet

Langfassungen dieser und aller anderen Vorträge des SOFI auf dem DGS-Kongress sind im Internet abrufbar unter www.sofi.uni-goettingen.de.

Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen

Bücher:

Baethge-Kinsky, Volker/Bartelheimer, Peter/Wagner, Alexandra/Aust, Judith/Müller-Schoell, Till (2008): Arbeitsmarktpolitik: Nachsteuern oder neu orientieren? Anstöße zu einer überfälligen Debatte. OBS-Schriftenreihe, Heft 55, Frankfurt/Main.

Aufsätze

Alda, Holger/Bartelheimer, Peter (2008): Ungleiche Erwerbsbeteiligung – Messkonzepte für ein segmentiertes Beschäftigungssystem. In: Gensior, S./Lappe, L./Mendius, H. G. (Hrsg.): Im Dickicht der Reformen – Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf (Dokumentation der gleichnamigen Tagung). SAMF-Arbeitspapier 2008-1, Cottbus, S. 49-78.

Baethge, Martin/Wieck, Markus (2008): Adult Education Survey – Anforderungen und Perspektiven aus Sicht des nationalen Bildungsberichts. In: Gnahn, D./Kuwan, H./Seidel, S. (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 2: Berichtskonzepte auf dem Prüfstand. Bielefeld (W. Bertelsmann Verlag), S. 193-202.

Baethge-Kinsky, Volker (2008): Lebenslanges Lernen für alternde Belegschaften. In: Bogedan, C./Müller-Schoell, T./Ziegler, A. (Hrsg.): Demografischer Wandel als Chance. Hamburg (VSA-Verlag), S.163-172.

Bartelheimer, Peter/Gensior, Sabine/Kühl, Jürgen/Paulsen, Bent/Reisert, Bernd/Schneider, Hilmar/Mendius, Hans Gerhard (2008): „Im Dickicht der Reformen – Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf“ (Podiumsdiskussion). In: Gensior, S./Lappe, L./Mendius, H. G. (Hrsg.): Im Dickicht der Reformen – Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf (Dokumentation der gleichnamigen Tagung). SAMF-Arbeitspapier 2008-1, Cottbus, S. 247-289.

Fromm, Sabine/Sproß, Cornelia (2008): Ein systematischer Review von Aktivierungsprogrammen für Wohlfahrtsempfänger. Oder: Was man tun kann, wenn eine statistische Metaanalyse nicht möglich ist. In: Sozialer Fortschritt, Heft 10, Jhg. 57, S. 256-264.

Hanekop, Heidemarie/Wittke, Volker (2008): Die neue Rolle der Anwender in internetbasierten Innovationsprozessen. In: AIS-Studien, 1, H. 1, S. 7-28.

Personalia

Claudia Kretschmann hat für ihr Promotionsvorhaben „Schulische Interventionsmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf den Abbau sozialer Bildungsdisparitäten abschlussgefährdeter HauptschülerInnen“ von der Hans-Böckler-Stiftung zum 1.3.2009 ein Promotionsstipendium erhalten. Die Promotion wird von Heike Solga wissenschaftlich betreut.

Kädtler, Jürgen (2008): Bruchstelle der Sozialpartnerschaft. Der Renditedruck schafft soziale Distanzen. In: Mitbestimmung, 10/2008, S. 34-38.

Kädtler, Jürgen (2008): Woher kommt und was bedeutet „Macht der Finanzmärkte“? In: Blaschek, B./Schoder, C./Ziegler, P./Pirklbauer, S.: Crash statt Cash. Wien (ÖGB-Verlag), S. 41-52.

Kädtler, Jürgen/Faust, Michael (2008): The Power of Financial Markets – What Does that Mean and How Does it Work for Different Categories of Companies? In: Bluhm, K./Schmidt, R. (eds): Change in SMEs. Towards a New European Capitalism? New York (Palgrave Macmillan), S. 17-38.

Kädtler, Jürgen/Sperling, Hans Joachim (2008): Logics Of Bargaining In The German Automotive Industry. In: Erturk, I./Froud, J./Johal, S./Leaver, A./Williams, K.: Financialization At Work. London and New York (Routledge), S. 330-342.

Kuhlmann, Martin (2008): Krise der Industrie-soziologie – Themenfelder einer Debatte. In: Huchler, N. (Hrsg.): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industrie-soziologie, Berlin (edition sigma), S. 107-132.

Kuwan, Helmut/Eckert, Thomas/Wieck, Markus (2008): Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Weiterbildung im AES: Ergebnisse logistischer Regressionen (Kap. 8.2). In: von Rosenblatt, B./Bilger, F.: Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 1: Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Bielefeld (W. Bertelsmann Verlag), S. 160-174.

Mayer-Ahuja, Nicole; (2008): Betriebliche Sozialordnung im Zeichen transnationaler Arbeit: Überlegungen anhand der Softwareprogrammierung zwischen Deutschland und Indien. In: Becke, G./Senghaas-Knobloch, E. (Hrsg.): Flexible Arbeitsformen aus der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit, Münster, S. 153-167.

Schumann, Michael/Kuhlmann, Martin/Sperling, Hans Joachim (2008): Auto 5.000: estratégia de sucesso dependente do caminho. In: Dal Rosso, S./Abreu Sá Fortes, J. A. (Hrsg.): Condições de trabalho ni limiar de século XXI. Brasília (Epocca), S. 135-138.

Schumann, Michael/Kuhlmann, Martin/Sperling, Hans Joachim (2008): Zwischen Toyota und Tradition: Das VW-Projekt „Auto 5000“ als mitbestimmungsjustierte Unternehmenskultur. In: Benthien, R./Brinkmann, U. (Hrsg.): Unternehmenskultur und Mitbestimmung. Betriebliche Integration zwischen Konsens und Konflikt. Frankfurt/Main (Campus), S. 243-258.

Schumann, Michael (2008): Kampf um Rationalisierung – Suche nach neuer Übersichtlichkeit. In: WSI-Mitteilungen, 7/2008, S. 379-386.

Sperling, Hans Joachim (2008): Perspectivas da indústria automobilística ante as mudanças técnico-organizatórias do trabalho: os exemplos da Volkswagen e da Toyota. In: Dal Rosso, S./Abreu Sá Fortes, J. A. (Hrsg.): Condi-

ções de trabalho ni limiar de século XXI. Brasília (Epocca), S. 123-133.

Wolf, Harald (2008): Die duale Institution der Arbeit und der neue (ste) Geist des Kapitalismus. In: Wagner, G./Hessinger, Ph. (Hrsg.): Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 219-231.

Wolf, Harald (2008): „Vorwort“. In: Halbrodt, M./Wolf, H. (Hrsg.): Cornelius Castoriadis: Vom Sozialismus zur autonomen Gesellschaft. Gesellschaftskritik und Politik nach Marx. Ausgewählte Schriften, Bd. 2.2, Lich (Edition AV), S. 7-15.

Informationen zu allen Veröffentlichungen des SOFI seit 1990 im Internet zu finden unter: „www.sofi.uni-goettingen.de“ – Rubrik Publikationen.

Forschungskolloquium Wintersemester 08/09

Freitag, 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr, im Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), Friedländer Weg 31

Texte für die Kolloquien liegen etwa eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen im Geschäftszimmer des Instituts für Soziologie und im SOFI als Kopiervorlage aus oder können per E-Mail bei istahn@gwdg.de bezogen werden.

07.11.2008:

Peter Kalkowski, Gerd Paul, Volker Wittke (SOFI): Professionalisierungstendenzen in Berufen im Wellnesssektor

21.11.2008:

Peter Bartelheimer, René Büttner, Jürgen Kädtler (SOFI): Amartya Sens wohlfahrts-theoretischer Ansatz: Verwirklichungschancen als Konzept zur Beurteilung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik?

12.12.2008:

Jürgen Kädtler, Peter Kalkowski, Martin Kuhlmann, Hans Joachim Sperling (SOFI): Entgeltstrukturreformen als Nagelprobe für die Flächentarifpolitik

09.01.2009:

Vortrag von und Diskussion mit Werner Widuckel (Audi AG): Das Thema wird noch bekannt gegeben.

23.01.2009:

Heidemarie Hanekop, Jürgen Kädtler, Volker Wittke (SOFI): Neue Formen der Wissensproduktion

30.01.2009:

Sabine Fromm, Bettina Kohlrausch, Claudia Kretschmann (SOFI): Benachteiligte Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Ausbildung